

Beschlussvorlage



Vorlage Nr.: 16-1279
erstellt am: 10.02.2009

Abteilung: Steuerungsunterstützung und Büro Dez. I
Verfasser/in: Herr Deichfuß
Aktenzeichen: I-ST

Evaluation Teilhaushalt 03 - Soziales - Abschlussbericht und Umsetzung von Maßnahmen im Sozialbereich

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Status	Zuständigkeit
Betriebskommission Neue Wege	18.02.2009	N	Vorbereitende Beschlussfassung
Kreisausschuss	09.03.2009	N	Vorbereitende Beschlussfassung
Ausschuss für Schule und Soziales	11.03.2009	Ö	Vorbereitende Beschlussfassung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	13.03.2009	Ö	Vorbereitende Beschlussfassung
Kreistag	23.03.2009	Ö	Abschließende Beschlussfassung

Beschlussvorschlag:

Die Betriebskommission Neue Wege (im Hinblick auf die Ziffern II und V der Vorlage), der Kreisausschuss, der Ausschuss für Schule und Soziales und der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Kreistag, den Abschlussbericht der Rödl & Partner GbR zur Evaluation des Sozialhaushalts im Kreis Bergstraße zur Kenntnis zu nehmen und das nachfolgend in dieser Vorlage beschriebene Umsetzungskonzept zu beschließen. Der Kreisausschuss berichtet dem Kreistag Ende 2009 und Ende 2010 über den Stand der Realisierung des Umsetzungskonzepts.

Erläuterung:

I. Vorbemerkungen

Mit Beschluss vom 23. Juni 2008 beauftragte der Kreisausschuss die Firma Rödl & Partner, Köln, mit der Evaluation des Sozialhaushaltes des Kreises Bergstraße (Vorlagen 16-1029 und 16-1029/1). Gegenstand der Untersuchung sollte die bestehende Organisationsstruktur sein, verbunden mit der Zielrichtung, die Abläufe zu optimieren, Synergieeffekte zu nutzen und Einsparpotentiale zu identifizieren. Untersuchungsbe- reich waren der Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße, das Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld, sowie der Fachbereich Betreuung des Ausländer- und Migrationsamts.

Das Beratungsunternehmen nahm die mit der Untersuchung verbundenen Vor-Ort-Tätigkeiten am 05. August 2008 auf und legte den Abschlussbericht zum 31. Dezember 2008 vor. Der Bericht orientiert sich vom Aufbau her an der Vorgehensweise zur Organisationsuntersuchung und stellt im Anschluss an die Methodik die Ergebnisse der Ist-Aufnahme und Aufgabenkritik, sowie nachfolgend Optimierungsansätze und Umsetzungsvorschläge dar. In einem gesonderten Berichtsteil werden die im Verlauf des Projekts entwickelten Maßnahmen in einheitlicher Form zusammengefasst.

Rödl & Partner stellt im Ergebnis fest, keine „wesentlichen Ineffizienzen oder Dysfunktionalitäten im Untersuchungsbereich identifiziert“ zu haben und gibt zur Optimierung der Aufgabenerfüllung den Entscheidungsträgern des Kreises ein Maßnahmenpaket an die Hand. Ausgehend hiervon wird im Folgenden eine Gesamtkonzeption zur Umsetzung dargestellt.

Hierbei geht es sowohl um die fachliche Aufgabengestaltung als auch um Organisationsstrukturen und Mitarbeiterförderung. Übergreifend sind dabei die jeweiligen finanziellen Einsparpotentiale ausgewiesen.

Für den Eigenbetrieb Neue Wege enthält das Konzept eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in der Kernaufgabe der Vermittlung und Qualifizierung, die sich in einer Gesamtstrategie des Förderns und Forderns abbilden. Zusammen mit den Änderungen in der organisatorischen Gestaltung und einer gezielten Mitarbeiterförderung ist die Zielsetzung verbunden, die Langzeitarbeitslosigkeit im Kreis Bergstraße konjunkturunabhängig erfolgreicher zu bekämpfen, als dies im Landesdurchschnitt der Fall ist. Damit ist ein erhebliches Einsparpotential in Höhe von rund 5 Mio. € jährlich verbunden, das in seinem vollen Umfang spätestens bis 2012 erreicht werden soll.

Im Hinblick auf das Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld hat Rödl & Partner festgestellt, dass die Personalausstattung das interkommunal verglichene Minimum darstellt und der Kreis Bergstraße auch bei den Sachleistungen unterhalb des interkommunalen Durchschnitts liegt. Ungeachtet dessen verbindet sich mit der umfassenden Organisationsneugestaltung einschließlich der Integration der Betreuungsstelle das Ziel, insgesamt vier Stellen zu reduzieren und dennoch die Leistungsqualität zu steigern. Darüber hinaus vorgesehen sind die Effizienzsteigerung sozialer Leistungsangebote, die Stärkung der Sozialräumlichkeit im Flächenkreis Bergstraße, die Fortentwicklung der Altenhilfeplanung und weitere Maßnahmen in der Ausgestaltung der Aufgabenerfüllung.

II. Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße

1. Fortentwicklung der Vermittlungs- und Qualifizierungsmaßnahmen

1.1 Einstiegsoffensive

Mit Hinzukommen des Job Centers Bürstadt im Februar 2009 ist die Einstiegsoffensive mit der Zielsetzung, Hilfestellung bei der Suche nach einer Arbeitsstelle zu geben, flächendeckend eingeführt. Das Angebot soll nun ausgebaut werden: Vorgesehen ist, an allen Standorten eine zweite Gruppe einzurichten und da-

durch eine Verdoppelung der Plätze von jeweils 20 auf 40 zu erreichen. Bis Ende 2009 sollen rund 800 bis 1.000 Arbeitssuchende die Einstiegsoffensive durchlaufen haben.

Zeitpunkt: bis Mai 2009

1.2 Kommunalprojekt

Angestrebt wird eine intensive Betreuung möglichst aller erwerbslosen Hilfebedürftigen in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen. Ziel ist es zum einen, alle Leistungsempfänger einer Gemeinde über die Einstiegsoffensive zu betreuen. Zur Umsetzung ist ein Pilotprojekt in Kooperation mit drei Gemeinden im Kreis Bergstraße vorgesehen und darüber hinaus ein Aktivierungs- und Integrationskonzept zu entwickeln. Das Kommunalprojekt soll in enger Abstimmung mit den Kommunen und deren Netzwerken konzipiert werden.

Zeitpunkt: Start Mitte 2009

1.3 Zielgruppenorientiertes Maßnahmenpaket für über 50-Jährige

Um die über 50-Jährigen umfassender zu betreuen, wird über das bestehende Angebot hinaus ein Maßnahmenpaket mit folgenden Schwerpunkten entwickelt und zur Verfügung gestellt:

- Durchführung von Profilings und Assessments
- Nutzung der erfolgreich eingeführten Einstiegsoffensive als Kommunikations- und Bewerbercenter Ü50
- Förderung von individuellen Qualifizierungs- und Vermittlungsmaßnahmen
- Einrichtung eines Fachbereichs Ü50 innerhalb des Arbeitgeberservices
- Sensibilisierung der Fallmanager für die Zielgruppe über Fortbildungsmaßnahmen
- Aufbau von Qualifizierungspartnerschaften mit Unternehmen

Zeitpunkt: Start bis Mitte 2009

1.4 Ausbau der Maßnahmen für alleinerziehende Mütter

Die Zielgruppe der alleinerziehenden hilfebedürftigen Mütter umfasst mehr als 1.500 Frauen im Kreis. Die speziellen Problemlagen und Bedürfnisse der Frauen benötigen zielgerichtete Lösungen. Das bisherige Projekt „Spagat“ in Viernheim hat sich bewährt und ist hessenweit anerkannt. Dieses soll als Blaupause dienen und bedarfsgerecht im weiteren Kreisgebiet in zwei zusätzlichen Projekten angeboten werden. Hierzu wird ein Vergabeverfahren durchgeführt und regional umgesetzt.

Zeitpunkt: Start bis Mitte 2009

1.5 Verstärkung der Zusammenarbeit mit der mittelständischen Wirtschaft vor Ort

Bei der Vermittlung von Arbeitssuchenden an regional angesiedelte Unternehmen ist der Arbeitgeberservice ein wichtiges Instrument. Der Arbeitgeberservice pflegt eine Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Bergstraße. Zur Ausweitung seines Angebots sollen folgende Strategien weiterverfolgt werden:

- Bewerberzentrierte Vermittlung an Stelle eines eher stellenzentrierten Ansatzes
- Ausweitung der individuellen Kontakte mit mittelständischen Unternehmen
- Ausweitung der Unternehmersprechtage mit dem Ziel, die Fördermöglichkeiten und Leistungen bei der Personalvermittlung zu präsentieren
- Verlängerung des Kooperationsvertrags mit der Wirtschaftsförderung Bergstraße und Intensivierung der Zusammenarbeit

Zeitpunkt: 2009

1.6 Vereinheitlichung des Berichtsstandards der Träger und Ausbau des Maßnahmencontrollings mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung der Maßnahmen

Nach Einführung der vorgenannten Verfahren wurden bereits in den Jahren 2007 und 2008 erhebliche Verbesserungen bei der Qualität und den Kosten der vom Eigenbetrieb aufgenommenen Maßnahmen erreicht. Mit der Weiterentwicklung und Standardisierung des Berichtswesens soll der Prozess einer Effizienzsteigerung fortgesetzt werden.

Zeitpunkt: 2009

2. Stärkung der Organisationsstrukturen

2.1 Umorganisation der Führungsebene in den Job Centern

Angestrebt wird eine Stärkung der Führungsebene in den Job Centern mit dem Ziel einer besseren Steuerung, die durch eine Führungsspanne von 7 bis 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begünstigt und ermöglicht wird. Ohne Ausweitung der Stellen im Eigenbetrieb sollten die Job Center-Leitungen in Zukunft nicht nur durch eine Stellvertretung, sondern durch zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter unterstützt werden. Vorgesehen ist, diesen konkrete Aufgabengebiete und Verantwortungsbereiche neben den Stellvertretungsaufgaben zu übertragen.

Zeitpunkt: bis Ende 2009

2.2 Stärkung der Servicefunktionen der Zentralen Dienste

Mit den Zentralen Diensten stellt der Eigenbetrieb eine Service-Einheit für die Regionalteams zur Verfügung. Bei der Organisationsuntersuchung wurde festgestellt, dass die Kenntnisse der Fallmanager über die angebotenen Unterstützungsleistungen unterschiedlich ausfallen. Zur Verbesserung soll nun eine „Arbeitshilfe Zentrale Dienste“ erstellt werden, die in Katalogform eine Übersicht zu allen Serviceleistungen der Zentralen Dienste liefert und insbesondere auch für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestimmt ist. Ziel ist es, die Fallmanagerinnen und Fallmanager bei ihren zentralen Aufgaben im Eigenbetrieb optimal zu unterstützen.

Zeitpunkt: bis Mitte 2009

2.3 Ausbau des innerbetrieblichen Controllingsystems

Das zukünftige Controllingsystem des Eigenbetriebes Neue Wege soll folgende Anforderungen erfüllen:

- Regelmäßige Informationsversorgung definierter Zielgruppen (Betriebsleitung, Regionalteamleitung, Betriebskommission, Bundes- und Landesministerien, Städte und Gemeinden, SGB II-Einrichtungen, Öffentlichkeit) mit Schlüsselzahlen
- Gestaltung des Managementprozesses der Zielfindung, Planung und Steuerung, um Entscheidungsträgern aller Ebenen zielorientiertes Handeln zu ermöglichen
- Schaffung von Strategie-, Ergebnis-, Finanz- und Prozesstransparenz

Zur Einführung des Systems werden zunächst die vorhandenen Strukturen und Quellen überprüft. Planung und Durchführung erfolgt im Wege eines Projekts, wobei den Projektmitgliedern bei Bedarf Fortbildungsmöglichkeiten angeboten werden. Das Projektteam berichtet der Betriebsleitung zu den Meilensteinterminen.

Zeitpunkt: bis Ende 2009

3. Förderung der Mitarbeiter

3.1 Anreizsysteme

3.1.1 nicht monetäre Anreize

Zur Förderung und Motivation der Mitarbeiter des Eigenbetriebs soll verstärkt von nicht monetären Anreizen Gebrauch gemacht werden. Vorgesehen ist, den Bediensteten erweiterte Möglichkeiten zur persönlichen Weiterbildung durch Fortbildungsmaßnahmen anzubieten. Außerdem soll im Eigenbetrieb eine „positive Leistungsatmosphäre“ - z. B. durch Lob und Anerkennung - weiter befördert wer-

den. Zur Unterstützung sollen den Führungsverantwortlichen entsprechende Seminare angeboten werden.

3.1.2 monetäre Anreize

Voraussetzung für die Wirksamkeit und Akzeptanz eines Leistungsanreizsystems ist das Vorhandensein objektiv nachvollziehbarer Bewertungskriterien auf Basis eines Kennzahlen- und Controllingsystems (siehe Ziffer 2.3). Der Eigenbetrieb wird die Einführung eines geeigneten Instrumentariums prüfen, welches die Entscheidungsträger in die Lage versetzt, unter den Rahmenbedingungen des TVÖD besonders gute Leistungen zu honorieren.

Der Eigenbetrieb wird prüfen, ob Prämiensysteme und ein leistungsbezogener Stufenaufstieg entsprechende Leistungsanreize eröffnen können und wie ein solches Anreizsystem ausgestaltet werden kann.

Zeitpunkt: bis Mitte 2010

3.2 Standardisierung der hierarchieübergreifenden Kommunikationsstrukturen

Ergänzend zu den bereits implementierten Kommunikationswegen soll in deren Fortführung und Strukturierung ein Gesamtkonzept zur Kommunikation im Eigenbetrieb entwickelt werden. Dieses soll Regeln für das Wie, das Wer mit Wem und das Wann aufstellen und somit einem überörtlichen, interdisziplinären und hierarchieübergreifenden Informationsaustausch dienen.

Zeitpunkt: bis Mitte 2009

3.3 Einführung eines Hospitations- und Rotationsangebots

Zur Personalentwicklung und Förderung des Leistungsstandards im Eigenbetrieb soll den Bediensteten Gelegenheit gegeben werden, in anderen Job Centern oder Funktionsbereichen des Eigenbetriebs zeitlich befristet zu arbeiten. Dies kann im Wege der Job Rotation oder einer Hospitation erfolgen. Der Eigenbetrieb erstellt ein Konzept für dieses Angebot.

Zeitpunkt: bis Anfang 2010

4. Einsparpotentiale

4.1 Kosten der Unterkunft

4.1.1 Heizkosten und sonstige Nebenkosten

Im Bereich der Energiekosten sollen durch die Einführung eines Energieberatungsangebots Einsparmöglichkeiten bei den Kosten der Unterkunft eröffnet werden. Dabei handelt es sich um ein Qualifizierungsprojekt, bei dem SGB II-Hilfsempfänger über Schulungen theoretische und praktische Fachkenntnisse zur Energie- und Wasserversorgung und zu den Einsparmöglichkeiten bei der Nut-

zung von Strom, Heizung und Wasser in Haushalten erlangen. Für die Projektteilnehmerinnen und –teilnehmer bietet sich damit die Chance, wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Dies kann auch dadurch befördert werden, dass der Eigenbetrieb entsprechende Energieberatungsleistungen in Anspruch nimmt.

Weiterhin verspricht die Maßnahme Einspareffekte bei den KdU-Kosten durch ein verändertes Heiz- und Energienutzungsverhalten der Leistungsempfänger. Schließlich ist sie ein Beitrag zum Umweltschutz im Kreis Bergstraße. Die daraus geschätzte Ersparnis beläuft sich auf 0,3 Mio. €

Zeitpunkt: Beginn im 2. Halbjahr 2009

4.1.2 Wohngeldnovelle zum 01. Januar 2009

Mit Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes 2009 wird das Wohngeld spürbar angehoben, was dazu führt, dass einzelne Bedarfsgemeinschaften aufgrund des dadurch höheren Einkommens keinen weiteren Anspruch auf SGB II-Leistungen haben. Durch die gezielte Umsteuerung bzw. Substitution von Kosten der Unterkunft in Richtung Wohngeldleistungen ergeben sich für den Kreis Bergstraße Einsparungen in geschätzter Höhe von 1,2 Mio. €

Zeitpunkt: bis Mitte 2009

4.2 Einsparpotentiale aus den Ziffern 1, 2 und 3

Vorlaufend wurde dargestellt, durch welche Schwerpunkte die vom Eigenbetrieb zu erbringenden Leistungen und Maßnahmen weiterentwickelt, dessen innere Struktur gestärkt und eine Förderung und Motivation der Bediensteten erfolgen kann. Ziel all dieser Maßnahmen ist, die Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in den Arbeitsmarkt zu befördern.

Gradmesser des Erfolgs und damit verbundener Einspareffekte sollte die - konjunkturunabhängige – Entwicklung der SGB II-Arbeitslosigkeit in der Trägerschaft des Kreises Bergstraße im Vergleich mit der SGB II-Arbeitslosigkeit insgesamt in Hessen sein.

Gemessen an der Kennzahl „Arbeitslosenquote SGB II – alle zivilen Erwerbspersonen“ konnte sich der Kreis Bergstraße im Jahr 2008 (3,9 %) vom Landesdurchschnitt (4,6 %) um 0,7 Prozentpunkte positiv abheben. Erklärtes Ziel ist es, durch die unter den Ziffern 1, 2 und 3 dargestellten Maßnahmen bis Ende des Jahres 2012 für den Kreis Bergstraße eine Arbeitslosenquote bei der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen, die sich um weitere 0,2 Prozentpunkte besser entwickelt und somit um 0,9 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt in Hessen liegt. Eine solche zusätzliche Positiventwicklung bedeutet bei einer Ausgabensumme vom 90 Mio. € (ALG II und KdU) und einer Arbeitslosenquote SGB II – alle zivile Erwerbspersonen im Kreis Bergstraße von 3,9 % (vorläufiger Stand Dezember 2008) eine jährliche Einsparung von 4,6 Mio. €. Zählt man die aus der Einführung eines Energieberatungsdienstes kalkulierten Einsparungen (rd. 0,3 Mio. €) hinzu, ergibt sich - unabhängig von den aus der Erhöhung des Wohngelds resultierenden Effekte (rd. 1,2 Mio. €) - bei Zielerreichung bis zum Jahr 2012 ein konjunkturell unabhängiges Einsparpotential in Höhe von rund 5 Mio. €

III. Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld

1. Fortentwicklung des Leistungsangebots

1.1 Ausweitung sozialer Hilfen durch Effizienzsteigerung

Ein wichtiger Schritt zu einer wirksamen und bedarfsorientierten Leistungserbringung ist die Förderung Bedürftiger aus einer Hand. Hierzu stehen – neben dem Eigenanteil des Kreises – die sogenannten kommunalisierten Mittel des Landes Hessen und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen zu folgenden zentralen Aufgaben zur Verfügung:

- Ambulante Versorgung von Menschen mit Behinderung
- Schutz vor Gewalt
- Suchtprävention und Suchthilfe
- Stärkung des Gemeinwesens
- Prävention und Beratung im Gesundheitswesen

Ziel ist es, über eine Gesamtplanung klare Leistungsvorgaben und ein aussagekräftiges Berichtswesen in Kooperation mit den Trägern zu erhalten. Damit soll eine Effizienzsteigerung, das heißt ein Mehr an sozialer Aufgabenerfüllung ohne zusätzliche Mittelverausgabung, erreicht werden.

Mit der Einrichtung der Steuerungsgruppe Sozialplanung sind die Grundlagen für eine operative Umsetzung dieser Ziele bereits geschaffen worden.

Als Koordinations- und Abstimmungsstelle wird die Steuerungsgruppe bis Mitte 2009 erste Ergebnisse aus dem sich im Aufbau befindlichen Berichtswesen vorlegen und daraus entwickelte Entscheidungsvorschläge zu einzelnen Maßnahmen unterbreiten. Für die zweite Jahreshälfte ist vorgesehen, das Berichtswesen strukturell und inhaltlich fortzuentwickeln und den Aufgabenbereich der Steuerungsgruppe auszuweiten. Dadurch kann ein effizienterer Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel erreicht werden.

1.2 Stärkung der Sozialräumlichkeit

Der sozialräumlichen Orientierung sozialer Angebote kommt erhebliche Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für den Flächenkreis Bergstraße. Sozialräumliche Strategien zeichnen sich dadurch aus, dass sie vernetzend wirken und dabei die lokalen Akteure einbeziehen.

1.2.1 Soziale Angebote im Raum

Zur Umsetzung einer am Sozialraum orientierten Strategie ist es erforderlich, auf der bestehenden Angebotsstruktur der sozialen Träger vor Ort aufzubauen. Auf dieser Grundlage soll angestrebt werden, die sozialen Angebote in den Teilregionen des Kreises zu stärken und bei Bedarf die lokalen Akteure in Beratungszentren der Teilregionen zusammenzuführen.

Zeitpunkt: bis Mitte 2010

1.2.2 Ausweitung der Zusammenarbeit mit den Kommunen

Im Sinne einer Kultur der Beteiligung soll die bestehende Kooperation zwischen dem Kreis - hier insbesondere dem Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld - und den Kommunen in der Region auf der Verwaltungsebene intensiviert werden. Ein wichtiges Ziel dieser Zusammenarbeit wird sein, ein bürgerschaftliches Engagement zur Erfüllung sozialer Aufgaben zu aktivieren und die Zusammenarbeit auf der Verwaltungsebene auszubauen.

Zeitpunkt: bis Mitte 2010

1.2.3 Organisatorische Änderungen bei der Sozialabteilung

Es ist zu prüfen, ob es zu Gunsten einer wohnortnahen sozialräumlichen Versorgung sinnvoll erscheint, Außenstellen der Sozialabteilung in den Job Centern bzw. Beratungsstellen in den Teilregionen einzurichten.

Zeitpunkt: bis Ende 2010

1.3 Sozialatlas

Mit dem Projekt „Sozialatlas“ erhalten die Bürgerinnen und Bürger eine flächenbezogene Übersicht sozialer Angebote im Kreis. Einfach im Zugriff, aktuell und umfassend soll der Sozialatlas ein innovatives Auskunftssystem mit hohem Dienstleistungspotential bilden. Basierend auf dem bestehenden Informationssystem des Kreises Bergstraße (Bürger GIS) und in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden sollen die Grundlagen sowie die Aktualisierung des Sozialatlases erarbeitet werden.

Zeitpunkt: Start „Sozialatlas“ im Herbst 2009

1.4 Stärkung der Altenhilfe

1.4.1 Rahmenplanung für das Wohnen im Alter

Die demographische Entwicklung und die damit verbundene Alterung der Gesellschaft erzeugen einen wachsenden Bedarf an selbstbestimmten Wohn- und Lebensformen im Alter, insbesondere auch bei Hilfe- und Pflegebedarf. Die Fachstelle Leben im Alter soll erstmals eine Rahmenplanung zu diesem Thema für den Kreis Bergstraße erstellen und dabei insbesondere das Thema „Wohnraum-

beratung“, sowie das gerontopsychiatrische Beratungsangebot im Kreisgebiet einbeziehen.

Zeitpunkt: bis Ende 2009

1.4.2 Bericht „Leben mit Demenz“

Der von der Fachstelle Leben im Alter erstellte Bericht „Leben mit Demenz“ wird überarbeitet. Er dient Betroffenen und Trägern sozialer Einrichtungen als aktuelle Informationsgrundlage und gibt Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Demenzerkrankten.

Zeitpunkt: bis Mitte 2009

1.4.3 Bericht „Altenhilfeplanung“

Die Fachstelle Leben im Alter wird in einem ersten Bericht eine zusammenfassende Darstellung der Altenhilfeplanung geben. Geplant ist, diesen Bericht im Turnus von drei Jahren fortzuschreiben.

Zeitpunkt: 2010

1.4.4 Seniorenberatung und Pflegestützpunkte

Um den zukünftigen Beratungsbedarf der älteren Einwohner im Kreisgebiet abdecken zu können, soll das Angebot der Seniorenberatung ausgebaut werden. Insbesondere wird eine Vernetzung mit den einzurichtenden Pflegestützpunkten angestrebt. Zielsetzung sollte es sein, in Zusammenarbeit mit den Pflegekassen - die nach den gesetzlichen Vorgaben wesentliche Akteure sind - drei Pflegestützpunkte in den Teilregionen des Kreises Bergstraße zu errichten.

Zeitpunkt: Kurzfristiger Ausbau der Seniorenberatungsstellen; Errichtung eines Pflegestützpunktes bis Ende 2009 und zweier weiterer Pflegestützpunkte bis Ende 2010.

1.5 **Koordiniertes Pflege(stufen)management**

Der Kreis Bergstraße soll das Beratungsangebot für Angehörige und Pflegebedürftige zum Thema Pflege, einschließlich Pflegestufen, stärken. Ziel ist ein Pflegestufenmanagement unter Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld, der Fachstelle Leben im Alter, dem Gesundheitsamt, den Seniorenberatungsstellen und den Pflegestützpunkten. Der sich abzeichnenden Zunahme der Pflege in Einrichtungen soll entgegengewirkt und der Anteil der Unterbringung und Versorgung in ambulanter Betreuung gesteigert werden.

Zeitpunkt: bis Mitte 2010

1.6 Eingliederungshilfe für Behinderte

Im Bereich der Eingliederungshilfe für Behinderte sollen die Budgetvereinbarungen ausgeweitet werden, um den Leistungsempfängern ein höheres Maß an Flexibilität einzuräumen. Vorgesehen ist, die Zahl der Budgetvereinbarungen im Verhältnis zum Haushaltsjahr 2009 zu verdoppeln und bis Ende 2010 die finanziellen Auswirkungen zu überprüfen.

1.7 Hilfe zur Gesundheit

Der Träger der Sozialhilfe erstattet den Krankenkassen die für die Übernahme der Krankenbehandlungen entstehenden Aufwendungen, wobei als angemessene Verwaltungskosten bis zu 5 Prozent der abgerechneten Leistungsaufwendungen geleistet werden. Zur Reduzierung der Kosten im Bereich Hilfe zur Gesundheit soll geprüft werden, ob eine Verringerung der fünfprozentigen Verwaltungskostenpauschale möglich ist.

Zeitpunkt: bis Ende 2009

2. Aufbauorganisation

2.1 Neugestaltung der Sachgebiete

Nach der Evaluation der Organisationsstruktur des Amtes für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld hat das Unternehmen Rödl & Partner vorgeschlagen, den organisatorischen Zuschnitt der Abteilung zu verändern. Zielsetzung dabei ist, die Aufgaben effektiver wahrnehmen zu können und gleichgewichtige Führungsspannen zu ermöglichen.

Die unter Ziffer 4.2.1 des Abschlussberichts (S. 107 ff.) ausgeführten Vorschläge sind schlüssig und sollen in die Praxis umgesetzt werden.

Zeitpunkt: bis Ende 2009

2.2 Bildung Sachgebiet „Integrierte Sozialplanung“

Zur Stärkung der sozialgestalterischen Planung soll ein Sachgebiet „Integrierte Sozialplanung“ gebildet werden. Das Grundsatzreferat, die Steuerungsgruppe Sozialplanung und die Fachstelle Leben im Alter sollen in diesem Sachgebiet zusammengeführt werden.

Zeitpunkt: bis Ende 2009

2.3 Integration Betreuungsstelle

Als Fachbereich im Ausländer- und Migrationsamt ist die Betreuungsstelle hinsichtlich ihres organisatorischen Aufbaus und ihrer personellen Ausstattung weitgehend selbständig und autark.

Eine Integration der Betreuungsstelle in das Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld lässt folgende positiven Effekte erwarten:

- Synergien im Bereich Controlling und Verwaltung und dadurch Personaleinsparungen (EDV, Controlling, Sekretariat)
- Gemeinsames Management der Bereiche Spätaussiedlerunterkünfte und Asylbewerberunterkünfte

Die von Rödl & Partner vorgeschlagene organisatorische Änderung soll daher umgesetzt werden.

Zeitpunkt: bis Mitte 2009

3. Förderung der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter

3.1 Fortbildungskonzept

Zur Bewältigung der sozialrechtlichen Anforderungen sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig an Fortbildungen teilnehmen. Hierzu soll ein Fortbildungskonzept erstellt werden.

Zeitpunkt: bis Ende 2009

3.2 Erstellung von Handbüchern und Vordrucken

Das Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld wird als Arbeitshilfe Handbücher und Vordrucke fortentwickeln und ausweiten und somit insbesondere neu hinzugekommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Sachbearbeitung erleichtern.

Zeitpunkt: bis Ende 2009

4. Einsparpotentiale

Hinsichtlich der aktuellen Personalausstattung des Amtes für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld ist Rödl & Partner zu dem Ergebnis gekommen, „...dass der Kreis Bergstraße mit nur 33 Vollzeitstellen das interkommunal verglichene Minimum (bildet).“ (Ziffer 3.2.4, S. 67).

Auch bei einem interkommunalen Vergleich der Hilfefälle (Gesamtaufwendungen Sachleistungen) kommt Rödl & Partner zu dem Ergebnis, dass der Kreis Bergstraße unterhalb des Durchschnittswerts aller Vergleichskommunen liegt (Ziffer 3.2.4, S. 66).

Wie unter Ziffer 2.3 dargestellt, ist vorgesehen, die Betreuungsstelle in das Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld zu integrieren.

Rödl & Partner geht - bezogen auf den Zeitpunkt der Erhebung (01.07.2008) - davon aus, dass bis zum Jahr 2012 insgesamt 8,5 Stellen in der Betreuungsstelle eingespart werden können (Fallzahlenrückgang und Organisationsänderung). Der Bericht weist für das Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld einen Mehrbedarf von 4,5 Stellen aus. Auch unter Berücksichtigung der Unwägbarkeiten konkreter Fallzahlenentwicklungen soll die Stellenzahl in der Abteilung Soziales, Grundsicherung und Wohngeld einschließlich der Betreuungsstelle bis 2012 um insgesamt 4,0 Stellen reduziert werden. Dies entspricht einer Ersparnis von rund 200.000 € pro Jahr.

Ungeachtet des niedrigen Aufwendungsniveaus können die Stärkung von Organisation und Mitarbeiterkompetenz sowie Umsteuerungselemente - wie beispielsweise unter Ziffer 1.5 bis 1.7 dargestellt - auch Einsparpotentiale bewirken, die derzeit allerdings nicht bezifferbar sind.

IV Fachbereich Betreuung

1. Leistungsangebot

Durch den Rückgang der Asylbewerber hat sich der Betreuungsschlüssel in den letzten Jahren stark verbessert. Mit einer Quote von 100 zu betreuenden Personen pro Mitarbeiter liegt der Kreis Bergstraße auf einem Niveau, dass im interkommunalen Vergleich als Orientierungswert herangezogen wird.

Ergänzend zu diesem erreichten Betreuungsstandard soll ein Konzept zur Aktivierung ehrenamtlichen Engagements in der Betreuung erstellt werden.

Zeitpunkt: 2009

2. Organisatorische Maßnahmen

Organisatorische Einbettung in das Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld gemäß Ziffer III 2.3.

3. Einsparpotentiale

Bei den Kosten der Betreuungsstelle ergeben sich Einsparpotentiale

- aus Personalveränderungen (vgl. Ziffer III 4)
- Im Bereich der Unterkunftskosten und Sachleistungen einschließlich einer mittelfristig avisierten Schließung der Kreisunterkunft in Schimbach

Einsparpotential bis 2012: rd. 650.000 € pro Jahr

V. Übergreifende Themen

1. Einrichtung eines zentralen Forderungsmanagements

In den Bereichen Jugendamt, Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld sowie im Eigenbetrieb Neue Wege werden gleichzeitig Unterhalts- und Kostenbeitragsforderungen bearbeitet. Zur Bündelung der dafür benötigten Ressourcen bietet sich an, ein zentrales Forderungsmanagement einzurichten. Dabei sollte ein leistungsfähiges Berichtswesen zum Bestand der Forderungen installiert werden.

Rödl & Partner kommt bei Untersuchung der Thematik zu dem Schluss, dass ein zentrales Forderungsmanagement schrittweise eingeführt werden sollte. Es wird empfohlen, zunächst die jeweiligen Sachbearbeiter probeweise räumlich zusammenzuführen und die organisatorische Umsetzung von den dabei erzielten Ergebnissen abhängig zu machen. Bei Weiterverfolgung des Projektes wird vorgeschlagen, das Forderungsmanagement der Abteilung Finanzen zu unterstellen.

Die Konzeption ist schlüssig und soll alsbald umgesetzt werden.

Zeitpunkt: Beginn im Frühjahr 2009, Entscheidung zur organisatorischen Umsetzung Ende 2009

2. OpenPROSOZ-Koordination

In allen drei untersuchten Bereichen wird die Software OpenPROSOZ eingesetzt, wobei es sich dabei allerdings um jeweils eigene, fachspezifische Anwendungen handelt. Die Administration der Programme erfolgt dezentral.

Rödl & Partner hat sich mit der Frage befasst, ob eine operative Bündelung bei der administrativen Betreuung in Betracht kommt.

Im Ergebnis sprechen einige Gründe gegen eine zentrale Administration. Hier sind Unterschiede im Aufbau und der Bedienung der Softwarepakete, unterschiedliche Berichtsadressen und Auswertungen, getrennte Schulungen des Anbieters, sowie ein getrennter technischer Support zu nennen.

Allerdings empfiehlt Rödl & Partner, Fachkenntnisse zu Open PROSOZ zu bündeln und einen Koordinator für die Anwendungen zu installieren. Neben Steuerungsaufgaben kann sich dieser Grundinformationen zum System (Nutzerlizenzen, Kosten usw.) zu Eigen machen und zur Stärkung der Verhandlungsmacht des Kreises Bergstraße beitragen.

Der Vorschlag, einen PROSOZ-Beauftragten zur Koordination in den Fachabteilungen einzusetzen, soll alsbald umgesetzt werden.

Zeitpunkt: bis Mitte 2009

Finanzielle Auswirkungen:

Sind vorstehend im Einzelnen dargestellt.

Anlage:

Abschlussbericht „Evaluation des Sozialhaushalts im Kreis Bergstraße“
von Rödl & Partner (wird als Druckexemplar zur Verfügung gestellt)